

Berlin Brief

VON JOSIP JURATOVIC,
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



AUSGABE 179, 22. MAI 2015

Bürgerbüro Josip Juratovic
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
07131/783616
josip.juratovic@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

„Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will.“

So lautet es im „Bundeslied“, das Georg Herwegh 1863 zur Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins verfasste. Aus dem Verein ging später die SPD hervor. Das Streikrecht ist also eng mit der Geschichte der Sozialdemokratie verbunden. Auch in dieser Woche standen die Räder der Deutschen Bahn still. Wieder einmal.

Herwegh meinte damals eine sich einige Arbeitnehmerschaft, die gemeinsam gegen die Fabrikbesitzer aufsteht. Sicherlich meinte er nicht, dass nur ein kleiner Teil der Arbeitnehmerschaft zulasten der anderen Arbeitnehmer die gesamte Gesellschaft blockiert! Die **Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL)** nutzt unanfechtbare Grundrechte: Die Selbstorganisation als Gewerkschaft und das Recht zu Streiken. Doch sie missachtet den zentralen Wert der Arbeiterbewegung: Die Solidarität. Die Solidarität innerhalb der Beschäftigten der Deutschen Bahn und innerhalb der Gesellschaft. GDL-Chef Claus Weselsky missbraucht Grundrechte, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sprengen.

MEINE TERMINE IM WAHLKREIS – EIN AUSZUG:

Eröffnung des neuen Rathauses in Widdern

Fr. 22.5., 17 Uhr
Widdern, Hauptstr. 38

Stadtfest Schwaigern: Stand des SPD-Ortsvereins

Sa. 23.5., 16 Uhr
Schwaigern, Marktplatz

10 Jahre Sputnik e.V.

Sa. 23.5., 18 Uhr
Heilbronn, Harmonie

„Griechenland im Euro“: Diskussion mit Lothar Binding, Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Fr. 5.6., 19 Uhr
Gundelsheim, Deutschmeister-
halle, Restaurant Komturei

*P.S.: Berlin-Brief abonnieren?
Mail an
josip.juratovic@bundestag.de!*

Die GDL-Streiks sind möglich, weil das Bundesarbeitsgericht im Jahr 2010 den bis dahin geltenden Grundsatz „Ein Betrieb, ein Tarifvertrag“ aufgehoben hat. Seither fehlt eine gesetzliche Regelung zur Tarifeinheit. Das wollen wir ändern. Deswegen beschlossen wir heute das **Gesetz zur Tarifeinheit**. Wir schaffen klare Regeln für den Fall, dass mehrere Gewerkschaften in einem Unternehmen konkurrieren: Hier gilt künftig der Tarifvertrag, der die größte Akzeptanz in der Belegschaft hat. Streikrecht und Koalitionsfreiheit werden durch das Gesetz nicht angetastet – auch wenn die Opposition dies immer wieder behauptet. Vielmehr gilt wie bisher: Ein Arbeitskampf muss verhältnismäßig bleiben. Und darüber entscheiden auch in Zukunft die Arbeitsgerichte.

Das Entscheidende bei der Tarifeinheit ist: Mit ihr wirken wir einer Zersplitterung der Arbeitnehmervertretung entgegen. Gleichzeitig schützen wir die Belange kleinerer Gewerkschaften durch besondere Verfahrensregeln: Sie erhalten etwa ein vorgelagertes Anhörungsrecht. Wir wollen mit dem Gesetz dafür sorgen, dass die Tarifautonomie sich auch weiterhin an den Interessen der Gemeinschaft sowie dem Wohl des Gesamtbetriebes und aller dort Beschäftigten ausrichtet. Sobald das Gesetz in Kraft tritt, sind Streiks bei der Deutschen Bahn nur zulässig, wenn eine Mehrheit der Gesamtbelegschaft eines der DB-Tochterunternehmen und nicht nur eine Mehrheit der Lokführer dafür stimmt. Sie sehen: Mit der neuen gesetzlichen Grundlage stärken wir die Solidarität unter den Arbeitnehmern und in der Gesellschaft.

Bei uns in Deutschland funktioniert der Staat. Wir haben klare Regeln, die diskutiert werden dürfen, die mitunter auch geändert werden – doch was beschlossen ist, ist die Richtschnur politischen wie unternehmerischen Handelns. Auch **Mazedonien** war lange Zeit auf einem guten Weg zu einem funktionierenden Staat. Sie haben es in den Nachrichten mitbekommen: Von diesem Weg ist Mazedonien abgekommen. In Mazedonien herrscht Korruption, unliebsame Journalisten werden verfolgt und die Jugend schaut perspektivlos in ihre Zukunft. In der vergangenen Woche kam es in der Stadt Kumanovo zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit – je nach Quelle – 20 bis 30 Toten. Ich bin spontan als Mitglied des Auswärtigen Ausschusses ins Land gereist und habe mir ein Bild von der Lage gemacht – um zu sehen, wie wir Mazedonien helfen können, wieder zu einem demokratischen Rechtsstaat zu werden. Das betrifft den Frieden in Europa. Denn eines weiß ich: Das Zündeln in Mazedonien kann das Pulverfass Westbalkan zum Explodieren bringen. Meinen Beitrag in der Heilbronner Stimme finden Sie anbei.



Ich wünsche Ihnen und Euch erholsame Pfingsttage!

Mit herzlichen Grüßen

Josip Juratovic